vinetur

Britische Spirituosenverbände fordern nach 15,3 % Absatzrückgang eine Senkung der Alkoholsteuer

Branchenverbände sagen, drei Jahre höherer Abgaben hätten die Nachfrage belastet; die Verbrauchsteuereinnahmen für 2025/26 lägen unter dem Niveau von 2022/23

Freitag, 11. September 2026



Britische Spirituosenverbände drängen die britische Regierung, vor dem nächsten Herbstbudget die Alkoholsteuer zu senken, nachdem sie über die vergangenen drei Haushaltsjahre einen starken Rückgang der Absatzmengen gemeldet und argumentiert haben, dass wiederholte Steuererhöhungen dem Finanzministerium keine höheren Einnahmen gebracht hätten.

Die Wine and Spirit Trade Association teilte mit, dass die in Großbritannien verkauften Spirituosenmengen zwischen den Haushaltsjahren 2022/23 und 2025/26 um 15,3 % zurückgingen. Im selben Zeitraum seien die Mengen an Stillwein um 8 % und an Likörwein um mehr als 22 % gesunken, hieß es. Der Verband sagte, der Rückgang sei nach einer 2023 eingeführten neuen Verbrauchsteuerregelung und zwei weiteren Steuererhöhungen erfolgt.

Die Scotch Whisky Association, die ebenfalls eine Senkung fordert, erklärte, die Spirituosensteuer sei in den vergangenen drei Jahren um rund 17 % gestiegen. Sie argumentierte, dass die höheren Sätze die Produzenten und die gesamte Lieferkette zusätzlich belastet hätten, während die Einnahmen des Finanzministeriums aus der Verbrauchsteuer 2025/26 unter dem Niveau von 2022/23 gelegen hätten. Keine der beiden Gruppen veröffentlichte in dem diese Woche herausgegebenen Material die zugrunde liegenden verkauften Literzahlen oder die absoluten Einnahmesummen, sodass sich das Ausmaß der Veränderungen bei den physischen Verkäufen und den Steuereinnahmen allein aus den Mitteilungen nicht unabhängig berechnen lässt.

Die erneute Lobbying-Offensive hat in Schottland politische Rückendeckung erhalten. Am Donnerstag forderte Schottlands First Minister John Swinney die britische Regierung öffentlich auf, die Scotch-Whisky-Branche zu unterstützen und die Spirituosensteuer im Budget des kommenden Monats zu senken. Seine Erklärung folgte auf ein Treffen mit dem Rat der Mitgliedsunternehmen der Scotch Whisky Association.

Swinney sagte, Steuererhöhungen hätten der Branche „unangemessenen Druck“ auferlegt, und erklärte, er unterstütze die Forderungen an die britische Regierung, das zu korrigieren, was er als ungerechte Behandlung bezeichnete. Die Scotch Whisky Association sagte, eine Senkung der Steuer würde Brennereien, Zulieferern, Gastgewerbebetrieben und Verbrauchern helfen, während die Branche weiterhin mit

Störungen in den Exportmärkten der vergangenen Jahre und einem breiteren Kostendruck zu kämpfen habe.

Die Argumentation der Branchenverbände stützt sich auf die These, dass höhere Steuersätze die Preise für Verbraucher erhöht, die Nachfrage gesenkt und den erwarteten Nutzen für die öffentlichen Finanzen nicht gebracht hätten. Die Wine and Spirit Trade Association sagte, die Prognosen des Office for Budget Responsibility seien zu optimistisch gewesen, weil sie davon ausgegangen seien, dass Erhöhungen der Alkoholsteuer dem Finanzministerium mehr Geld einbringen würden. Der Verband erklärte, die geringeren Verkäufe hätten diese Erwartung untergraben.

Die von den Branchenverbänden genannte nächste mögliche Erhöhung ist noch nicht genehmigt. Die Wine and Spirit Trade Association sagte, falls die Steuer im Herbstbudget entsprechend dem Einzelhandelspreisindex um geschätzte 2,9 % steigen sollte, würde das die Steuer auf eine Flasche Gin um etwa £0,31, auf eine Flasche Rotwein um £0,11 und auf eine Flasche Prosecco um £0,10 erhöhen. Der Verband warnte, dass eine weitere Erhöhung Unternehmen treffen würde, die bereits mit höheren Arbeitskosten, Business Rates und neuen verpackungsbezogenen Abgaben konfrontiert seien.

Beide Gruppen stellen das Thema nicht nur als Steuerstreit, sondern auch als breitere Wirtschaftsfrage dar. Die Wine and Spirit Trade Association sagte, der Getränkesektor sichere im Vereinigten Königreich mehr als 400.000 Arbeitsplätze, davon 60 % im Gastgewerbe. Die Scotch Whisky Association sagte, etwa 70 % der britischen Spirituosen würden in Schottland produziert und Spirituosen machten 38 % der Gewinne im Gastgewerbe aus, weshalb das Thema für schottische Produzenten und Betriebe besonders wichtig sei.

Scotch-Whisky-Produzenten haben die inländische Steuerdebatte auch mit den Bedingungen auf den Exportmärkten verknüpft. Der Verband sagte, die Branche habe im Ausland seit mehr als sechs Jahren mit Turbulenzen zu kämpfen, habe 2026 aber dank eines besseren Marktzugangs in Zielländern wie den USA und Indien einige Verbesserungen gesehen. Er argumentierte, eine geringere Steuerlast im Inland würde den Unternehmen helfen, zu investieren und diese Chancen zu nutzen.

Die Lobbykampagne kommt zu einem Zeitpunkt, an dem sich Minister angesichts des breiteren Drucks auf die Haushaltseinkommen und die Geschäftskosten auf den Haushalt vorbereiten. Die Branchenverbände sagen, ein niedrigerer Steuersatz würde den Konsum stützen, Unternehmen bei der Erholung helfen und könnte die Einnahmen des Finanzministeriums letztlich erhöhen, indem die Absatzmengen steigen. Diese Behauptung spiegelt den Kern der Lobbyarbeit des Sektors wider, bleibt jedoch eine von Branchenorganisationen vorgebrachte Argumentation und keine angekündigte Regierungspolitik oder unabhängig verifizierte fiskalische Prognose.

Die Wine and Spirit Trade Association und die Scotch Whisky Association sind beide Interessenverbände, die die Getränkeindustrie vertreten, und ihre Stellungnahmen wurden im Rahmen von Budgeteingaben und öffentlicher Kampagnenarbeit veröffentlicht. Ihre Zahlen dürften den politischen Druck auf das Finanzministerium erhöhen, vor allem nach Swinneys Intervention, doch die Regierung hat bislang keine endgültige Entscheidung über die Alkoholsteuer im Herbstbudget bekannt gegeben.

Die Debatte dürfte in der Getränkebranche, im Gastgewerbe und in den dezentralen Regierungen genau verfolgt werden, weil sie mehrere konkurrierende Fragen zugleich zusammenführt: die Lebenshaltungskosten für Verbraucher, die finanzielle Lage von Pubs und Restaurants, die Unterstützung der Industrie in Schottland und anderen Teilen des Vereinigten Königreichs sowie die Frage, ob wiederholte Verbrauchsteuererhöhungen den öffentlichen Einnahmen nützen oder schaden. Vorerst geht es vor allem darum, ob das Finanzministerium dem erwarteten, an die Inflation gekoppelten Pfad folgt oder die Forderung der Branche nach einer Senkung akzeptiert.